

## VON DER SCHULDIGKEIT DES MOHREN

### AUSLÄNDERBEIRÄTE BEUGEN GEWALT VOR, LÄSST MAN SIE ERST ARBEITEN

VON EUGENE SENSENIG

Das klassische Beispiel vom Zusammenhang zwischen Mitbestimmung und Gewaltprävention ist die Mitarbeit der „GastarbeiterInnen“ in den deutschen Betriebsräten. Während Anfang der 90er Jahre in vielen Städten Westdeutschlands und der ehemaligen DDR Ausländerwohnungen und Asylheime brannten und fremd aussehende BürgerInnen fast täglich in aller Öffentlichkeit auf den Straßen verprügelt wurden, kam es in den Betrieben der BRD zu keinen nennenswerten Ausschreitungen. InländerInnen und ImmigrantInnen hielten zusammen, um die rassistische Gewalt vor den Werkstoren aufzuhalten.

Aber auch auf kommunaler Ebene kann sich das sonst als fremdenfeindlich bekannte Deutschland sehen lassen. Die erste anti-rassistische Lichterkette Mitteleuropas wurde vom Ausländerbeirat in München organisiert und stand Pate für unzählige Nachahmungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Der Münchner Ausländerbeirat stand aber genauso Pate für eine andere Bewegung in Österreich. Unmittelbar nach dieser ersten Lichterkette war die Salzburger „Initiative AusländerInnenbeirat“ im Münchner Rathaus zu Gast. Die bayrische Metropole lieferte den Zündfunken für eine Welle von Beiratsinitiativen in ganz Österreich, vor kurzem auch in Wien.

Bereits während der Vorbereitungsphase für die Ausländerbeiratswahlen in Salzburg vermittelten die BeiratsproponentInnen zwischen den Salzburger Parteien. Dank dieser Initiative verpflichteten sich SPÖ, ÖVP und Bürgerliste, die „Ausländerkarte“ bei den Gemeinderatswahlen 1992 nicht auszuspielen. Somit wurde das „Reizwort Gastarbeiter“ weder im Zusammenhang mit der Wohnungsknappheit noch mit den Fragen Kriminalität oder Bildungsmisere von den drei Parteien erwähnt. Die FPÖ blieb mit ihrer Parole „Salzburg darf nicht Chicago werden“ allein im Regen stehen - abgesehen davon, daß die Kulturstadt Chicago ohnehin eine Nummer zu groß wäre.

Inzwischen hat die Stadt Kassel die Patenrolle für die von ihrer Bevölkerungszahl und dem Ausländeranteil vergleichbaren Städte Salzburg, Linz, Graz, Innsbruck und Dornbirn übernommen. Die weltoffenen hessische Kulturstadt hat die Beiratsbewegung in

Österreich aktiv gefördert. Der spanischstämmige Kassler Rogelio Barroso ist als Mitbestimmungsbotschafter in den letzten fünf Jahren in jeder größeren österreichischen Gemeinde mindestens einmal vorstellig geworden, in Salzburg gleich dreimal. Inzwischen wurden Ausländerbeiräte in Graz (1995) und Linz (1996) in allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen eingerichtet. In Innsbruck tritt die Stadt-ÖVP wie auch Bürgermeister van Staa für einen gewählten Beirat ein. In Dornbirn hat die Gemeinde eine Arbeitsgruppe beauftragt, sich mit der Beiratsfrage zu beschäftigen.

Nach der Ablehnung des Salzburger Ausländerbeirates durch ÖVP, FPÖ, Demokratie 92 und Autofahrerpartei wurde im Sommer 1995 ein „Ausländerbeirat im Exil“ in Bad Reichenhall gegründet. Der Gründungsakt fand auf Einladung des dortigen Ausländerbeirates im Rathaus der bayrischen Landeshauptstadt München statt. Der Salzburger Exilbeirat hat derzeit zwei Schwerpunkte übernommen: Gesundheit und Europa. Gemeinsam mit einem bosnischen und einem türkischen Salzburger Arzt verhandelt er mit Ärztekammer und Gebietskrankenkasse über die Vorreihung von jeweils einem praktischen Arzt für die zwei größten ethnischen Minderheiten der Stadt, nämlich die SüdslawInnen und Türken/KurdInnen. Auf der europäischen Ebene bereitet sich der Exilbeirat, gemeinsam mit dem Generalsekretär des EU-Migrantenforums Austria, Ante Dinko Fejzuli, auf den österreichischen Vorsitz des europäischen Rates ab Juli 1998 vor. Hier steht v.a. das Betriebsratsverbot für Nicht-EU-AusländerInnen im Vordergrund. Mit Hilfe der europäischen Öffentlichkeit soll Demokratie auch in den Reihen der Gewerkschaft Zugang finden.

Österreich ist bekanntlich das einzige Land der EU, in dem es gesetzlich verboten ist, Dritt AusländerInnen in den Betriebsrat zu wählen. Somit bleiben Arbeiterkammer und ÖGB Reservate der Monokulturalität. Wie eingangs verdeutlicht können ImmigrantInnen, läßt man sie erst arbeiten, einen wichtigen Beitrag zu interkulturellen Verständigung und Gewaltprävention leisten. Die Salzburger ImmigrantInnen haben, trotz eines oft rauhen Gegenwindes, viel dazu beigetragen, ihre neue Heimat menschlicher zu machen. Sowohl die Ausländerbeiratsbewegung wie auch die Gründung des EU-Migrantenforums Austria gingen von NeusalzburgerInnen aus. Diese ehemals fremden BürgerInnen der Stadt haben ihre Schuldigkeit getan. Jetzt sind die etablierten Parteien und Verbände an der Reihe, einen Beitrag zu setzen, um aus Salzburg eine Stadt ohne Gewalt zu machen. ✓

*Dr. Eugene Sensenig ist Mitarbeiter der Forschungsgemeinschaft Boltzmann-Institut/Steinöcher-Fonds.*